

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1121

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/3052

Akteneinsicht bei Straftaten

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Das durch Art. 56 Abs. 3 Landesverfassung gewährte Recht auf Akteneinsicht für Abgeordnete des Landtages stellt sicher, dass Mitglieder des Parlaments und insbesondere die Opposition Zugang zu Informationen erhalten, um effektiv die Landesregierung kontrollieren zu können. Gleichwohl ist die Einsichtnahme in Straftaten sehr umstritten. Es besteht sowohl die Gefahr, dass empfindliche personenbezogene Daten durch das Recht auf Einsichtnahme nicht den erforderlichen Schutz erhalten, als auch das Risiko, dass Inhalte zu politischen Gegnern instrumentalisiert werden. Gegenwärtig werden aufgrund der Änderung des § 480 StPO Anträge auf Akteneinsicht in Straftaten nicht genehmigt. Nach Aussage des Brandenburger Ministeriums der Justiz besteht somit ein Unterschied zur früheren Praxis.

Ich frage die Landesregierung:

Frage 1: Wie viele Anträge auf Akteneinsicht in Strafverfahren wurden von Abgeordneten des Landtages in den Jahren 2004 bis 2019 gestellt? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Fraktionszugehörigkeit der Antragsteller.

Frage 2: In wie vielen Fällen wurde Akteneinsicht gewährt?

Frage 3: In wie vielen Fällen der gewährten Akteneinsicht handelte es sich um Akten von Strafverfahren mit politisch motiviertem Hintergrund?

Zu den Fragen 1 bis 3: Anträge von Abgeordneten des Landtages Brandenburg gemäß Artikel 56 Absatz 3 Landesverfassung Brandenburg werden statistisch nicht gesondert erfasst. Soweit dies hier noch nachvollzogen werden konnte, wurden in den Jahren 2004 bis 2021 von Abgeordneten des Landtages Brandenburg demnach 25 Anträge auf Akteneinsicht gemäß Artikel 56 Absatz 3 Landesverfassung Brandenburg in Ermittlungs- oder Strafverfahren gestellt. Zu den Fragen 2 und 3 wird auf die anliegende Übersicht verwiesen.

Die Spalte „Gegenstand des Verfahrens“ beschränkt sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes überwiegend auf eine anonymisierte Kurzdarstellung.

Anlage/n:

1. Anlage

Anlage

Lfd. Nr.	Jahr	Fraktionszugehörigkeit des Antragstellers/der Antragstellerin	Akteneinsicht gewährt	Gegenstand des Verfahrens
1	2004	PDS	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen Untreue, Investitionsvorhaben Chip-Fabrik FFO
2	2006	DIE LINKE/PDS	ja	Ermittlungsverfahren wegen Urkundenfälschung gegen eine Journalistin
3	2011	CDU	ja	Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung zum Nachteil eines Schülers
4	2011	CDU	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls zum Nachteil eines Politikers
5	2015	CDU	nein	Ermittlungsverfahren wegen Besitzes kinderpornographischer Schriften gegen eine Privatperson
6	2015	SPD	ja	Todesermittlungsverfahren betreffend eine Bedienstete der Polizei
7	2017	CDU	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen Mordes u. a. zum Nachteil von zwei Polizeibeamten und einer Privatperson
8	2017	CDU	ja	Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)
9	2017	CDU	ja	Ermittlungsverfahren wegen Betruges (Deutsche Kreditbank)
10	2018	AfD	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
11	2018	AfD	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
12	2018	SPD	nein	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
13	2018	DIE LINKE	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
14	2018	CDU	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
15	2018	SPD	nein	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
16	2018	Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	ja	Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Hehlerei (Lunapharm)
17	2018	DIE LINKE	ja	Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)
18	2019	CDU	ja	Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)

19	2019	AfD	teilweise	Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)
20	2019	AfD	nein	Ermittlungsverfahren gegen einen Politiker u. a.
21	2020	AfD	nein	Ermittlungsverfahren gegen einen Politiker
22	2020	AfD	nein	Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung zum Nachteil von Noël Martin
23	2020	AfD	Antrag noch nicht beschieden	Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit einer abhandengekommenen Pistole
24	2021	DIE LINKE	Antrag noch nicht beschieden	Fachaufsichtsvorgang betreffend ein Strafverfahren
25	2021	AfD	Antrag noch nicht beschieden	Anfangsverdacht gegen eine Politikerin